

Vom Wiederaufbau zum Eigentum in den Händen des Volkes

Wirtschaftliche Probleme und Leistungen in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung

Von Philipp Kissel

Einleitung	2
Ausgangsbedingungen	3
Wiederaufbau	6
Die Entmachtung der Konzerne	7
Sequester-Kommissionen	9
Modell Sachsen	11
Volksentscheid Sachsen	12
Der Weg zum Volkseigentum	12
Beginn des „Kalten Kriegs“	13
Zwei-Jahres-Plan	15
Die kapitalistischen Betriebe	17
Volkseigener Industriekreislauf	17
Planungsausschüsse	18
Negative Akkumulation	19
Aktivistenbewegung	20
Vorbild Adolf Hennecke	20
Qualität und Wettbewerb	23
Neue Generation	24
Gründung der DDR	25
Literatur	27

Einleitung

Die Ökonomie der DDR wird oft als grau, verknöchert und ineffektiv dargestellt. Dieser Vorwurf wird allgemein der Planwirtschaft gemacht. Damit soll die Alternativlosigkeit des Kapitalismus untermauert werden. Sie wird als Diktatur der Bürokraten dargestellt, um jeglichen Eindruck davon, dass eine Gesellschaft ihre Ökonomie bewusst und für vernünftige Zwecke gestalten kann, zu verdecken. Aus der westdeutschen Geschichtsschreibung werden die eigenen Handlungen von Sabotage über Embargo bis zu Spaltung und Kriegspolitik ausgeblendet oder umgedeutet.

Ein uneingeschränkter Blick auf die Ökonomie der DDR zeigt, dass sie viel stärker wurde, als die Ausgangsbedingungen vermuten ließen und er lässt handelnde Menschen erkennen, die mit Bewusstsein, Initiative und Lust an den Aufbau einer neuen Gesellschaft gegangen sind. Sie hatten dabei zahlreiche Probleme zu überwinden, vor die sie die historische Situation, die Struktur der Ökonomie und der internationale Druck stellten.

Mein Anliegen war, die Bedingungen und Herausforderungen und wie Partei, Gewerkschaften und die Masse der Arbeiter damit umgingen besser zu verstehen. Viele Diskussionen zur Frage Markt und Plan, Wertgesetz und Gewinn, die sich vor allem in der anschließenden Phase entfaltet haben, scheinen mir besser erschließbar, wenn die konkreten Probleme und Bedingungen durchdrungen werden. Die zentrale Voraussetzung für den Aufbau der neuen Gesellschaft war, dass die Arbeiterklasse die Macht im Staate hatte. Aber diese Macht musste im Bündnis erhalten werden – mit den Bauern und mit antifaschistischen Kräften. Und sie musste mit konkreter Arbeit der Mobilisierung der Menschen ausgefüllt werden. Darin liegt die schwierigste Aufgabe. Die Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion bei den politischen Fragen, aber auch materiellen Nöten war ebenfalls existenziell wichtig.

Dieser Text soll die Bedingungen der Ökonomie der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) grob anreißen: Wie waren ihre Startbedingungen und welche Aufgaben stellten sich beim Aufbau? Der zweite Aspekt, der beleuchtet werden soll, ist die Rolle der Initiative der Arbeiter und des Aufbaus demokratischer Staatsstrukturen, um diesen Prozess umzusetzen, aber auch welche Hürden die Arbeiterbewegung zu überwinden hatte. Begleitend erwähnt werden die Bedingungen der internationalen Auseinandersetzung bzw. des Drucks, unter dem der antifaschistisch-demokratische Aufbau stand.

Der Zeitraum von 1945 bis 1949 ist von einer besonderen Dynamik geprägt, die als Übergang verstanden werden kann. Nach dem zweiten Weltkrieg zeichnete sich eine neue Situation ab, deren genaue Form nicht von Anfang an feststand. Interessant ist, dass sich bereits in dieser frühen und komplizierten Phase starke Formen der organisierten Arbeiterbewegung entwickelten, die sich als fähig bewies, die Geschicke

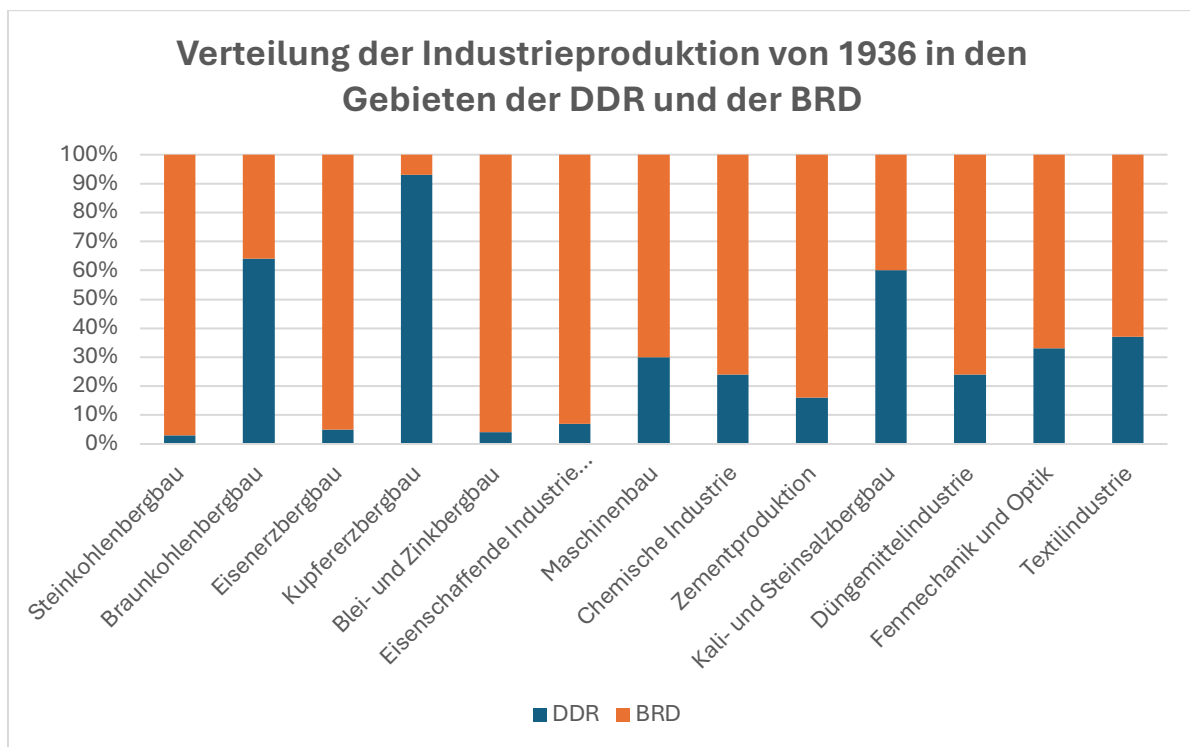
in die Hand zu nehmen. Zugleich zeichneten sich die strukturellen Probleme der Ökonomie ab, mit denen die DDR auch später zu ringen hatte.

Ausgangsbedingungen

Um die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft in der SBZ und DDR zu verstehen, ist die Betrachtung der Ausgangsbedingungen notwendig. Die Industrie auf dem Gebiet der späteren DDR war am Ende des Kriegs von der faschistischen Kriegs- und Rüstungswirtschaft geprägt. Es handelte sich insgesamt um eine entwickelte Industrie mit Zweigen, die für den technischen Fortschritt relevant waren, wenn auch mit einem unterschiedlichen Grad der Mechanisierung und im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ökonomien relativ geringer Produktivität. Die Arbeiterklasse war sehr gut ausgebildet und hatte bereits viel Erfahrung in industriellen Arbeitsprozessen. Auf dem Gebiet der späteren DDR befanden sich Regionen mit größeren Betrieben (Sachsen-Anhalt) und Regionen mit vielen kleinen und mittleren Betrieben (Thüringen, Sachsen), Konzernzentralen gab es kaum.¹ Im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern, die den Weg der Volksdemokratie und des Aufbaus des Sozialismus gegangen waren wie zum Beispiel Rumänien, Bulgarien, Polen oder Ungarn, war der Anteil der Industrie in der SBZ deutlich höher. Lediglich in der Tschechoslowakischen Republik gab es ebenfalls einen etwas höheren Industrialisierungsgrad als in den anderen osteuropäischen Ländern.²

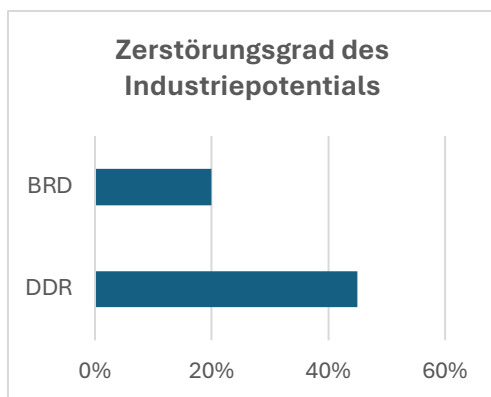
Die historisch entstandene Industriestruktur in Deutschland bestand aus relativ geschlossenen Regionen mit verflochtenen Industriezweigen und Standorten an denen spezielle Produktion konzentriert war. Die Ökonomie auf dem Gebiet der SBZ verfügte über keine Schwerindustrie, das heißt Eisen- und Stahlproduktion, Verhüttung von Erzen und Weiterverarbeitung von Metallen. Diese befand sich zum überwiegenden Teil im Ruhrgebiet. Die Leichtindustrie, also Konsumgüterproduktion, darunter Textilien oder Chemieproduktion, herrschte in der SBZ vor. Damit fehlte die Struktur, mit denen Rohstoffe verarbeitet und Grundmaterialien für den Bau von Maschinen hergestellt werden konnten – und damit fehlte die Basis eines industriellen Kreislaufs. Es gab außerdem nur geringe Steinkohlevorkommen, die damalige Hauptenergiequelle. Sie befanden sich überwiegend im Westen. Im Gebiet der SBZ wurden 1933 15,8 Millionen Tonnen Steinkohle verbraucht, aber nur 3 Millionen Tonnen gefördert. Die Jahresleistung der drei Reviere in Sachsen erbrachten die Werke des Ruhrgebiets in einem Monat. Alle westdeutschen Reviere zusammen genommen förderten 1936 über 158 Millionen Tonnen Steinkohle.³ Die Steigerung des Ertrags der sächsischen Reviere war zwar eine wichtige Aufgabe, aber zusätzlich mussten die größeren Braunkohlevorkommen ausgebeutet werden, die allerdings einen weniger effizienten Energieträger darstellen und deren Nutzung besonders gesundheits- und umweltschädlich war.

Somit verfügte die SBZ-Ökonomie nicht über einen geschlossenen Reproduktionsprozess und war von Lieferungen aus dem Westen abhängig und in dieser Form nicht eigenständig überlebensfähig. Mit einem Anteil von 17,9% an der industriellen Produktion Deutschlands im Jahre 1936 lag die sowjetische Besatzungszone bei 30,4% des Territoriums unter dem Industrialisierungsniveau der Westzonen.⁴ Die Spaltungspolitik des Westens traf den Osten stärker, wie am Warenverkehr erkennbar ist: 1936 gingen 79% aller Lieferungen des Gebiets der späteren DDR nach Westdeutschland, nur 21% ins Ausland. Sogar 86% der Einfuhren kamen aus den westlichen Teilen des Landes, nur 14% aus dem Ausland.⁵ Erschwerend kam hinzu, dass diese Mängel nicht durch die Steigerung des Außenhandels kompensiert werden konnten, da der Handel mit den dann sozialistischen Ländern lediglich 16,1% bei der Einfuhr und 15,8% bei der Ausfuhr betragen.⁶



Quelle: Polikeit: Die sogenannte DDR, S. 21⁷

Hinzu kam, dass die Zerstörungen im Osten deutlich stärker waren, weil hier die Wehrmacht erbittert bis zum Schluss gekämpft hatte, um Geländegewinne der Roten Armee zu verhindern, während im Westen häufiger kampflose Übergaben stattfanden. Zudem wurden von den Konzernzentralen einige Maschinen und Anlagen bereits vor Kriegsende in den Westen verlegt. Die Industrieproduktion lag bei 10 bis 15% des Vorkriegsstands.⁸ Deutschland sollte 10 Milliarden Dollar Reparation gegenüber der Sowjetunion leisten – angesichts von 485 Milliarden Dollar Kriegsschäden eine geringe Summe. Der Großteil wurde allerdings vom Osten geleistet, obwohl es das kleinere Gebiet war. Der Westen hatte aus politischen Gründen die Reparationszahlungen 1946 eingestellt. Demontagen von Betrieben als Form der Reparation stellten sich schnell als wenig sinnvoll heraus, da die Betriebe oftmals nicht wieder aufgebaut werden konnten. Die letzte Demontage fand 1947 statt.



Quelle: Polikeit: Die sogenannte DDR, S. 20

Die Ausgangsbedingungen waren insgesamt im Vergleich zum Westen deutlich schlechter. Auf dem Gebiet lebten 18 von 65 Millionen Einwohnern, darunter waren 4,4 Millionen Arbeiter (1946) und damit 60% der

Erwerbstätigen und 1 Million Angestellte.⁹ Die Sowjetunion und die im April 1946 aus SPD und KPD vereinigte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) orientierten auf ein einheitliches, neutrales und demokratisches Deutschland. Diese Politik wurde ehrlich und transparent verfolgt und drückte sich in zahlreichen Vorschlägen zur Lösung der Deutschlandfrage aus.¹⁰ Der Westen orientierte dagegen auf die Durchsetzung seiner Interessen und nutzte dafür die westlichen Besatzungszonen und später den Separatstaat BRD als Frontstaat gegen das sozialistische Lager. Die Spaltungspolitik des Westens führte schnell dazu, dass die Verbindungen der Ökonomie abgebrochen waren.

”

Die wirtschaftliche Lage im Herbst 1945 war außerordentlich schwierig. Noch in den letzten Sommermonaten lag die Produktion in die Industrie völlig am Boden. Die Zerstörung vieler Betriebe, beginnende Demontagen, der Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten, das Chaos in den Verflechtungsbeziehungen der Betriebe, das völlige Brachliegen des Verkehrs, das plötzliche Ausscheiden Hunderttausender von aus den anderen Ländern nach Hitlerdeutschland verschleppten ‚Fremdarbeitern‘ und die Tatsache, dass sich ein großer Teil der Arbeiter noch in Kriegsgefangenschaft befand – all das ließ die Lösung der notwendigen Aufgaben äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich erscheinen. Im allgemeinen herrschten Lethargie und Apathie. Viele Arbeiter glaubten nicht daran, dass es wieder einmal vorwärts gehen könnte. Es ging also zunächst darum, die Wirtschaft überhaupt zum Laufen zu bringen. Es kam darauf an, den Menschen Mut zu machen, damit sie erst einmal anfangen, wieder zu arbeiten.“
Fritz Selbmann (stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission) in „Die ersten Jahre“, S. 69 ff.

Die Industrie in der sowjetischen Besatzungszone stellte den Torso einer historisch gewachsenen, in hohem Maße international verflochtenen nationalen Industrie dar.¹¹

Wiederaufbau

Zunächst mussten die Kriegsschäden beseitigt werden, die Produktion wieder angefahren und eine Normalisierung des Wirtschaftslebens erreicht werden.¹² Dazu dienten zunächst die Produktionsbefehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die ein Produktionsprogramm festlegten und mit einem Plan für das IV. Quartal 1945 bereits geplante Formen annahmen, wenn auch noch auf kurzfristiger Stufe. Rohstoffreserven mussten erfasst werden und an die Stellen gebracht werden, wo sie verarbeitet werden sollten, Arbeitskräfte mussten ebenfalls erfasst und eingesetzt werden.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft war zugleich eng verbunden mit der Beseitigung der ökonomischen Wurzeln von Faschismus und Krieg. Deshalb war diese Aufgabe nur möglich durch den Einsatz von Aktivisten, durch eine antifaschistisch-demokratische Bewegung. Die SMAD förderte diese Bewegung und ließ demokratische Parteien und Organisationen zu und übertrug staatliche Befugnisse an entstehende demokratische Staatsorgane, darunter die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffe, Industrie, Handel und Versorgung.

Die Wiederbelebung gelang schnell. Die größten Erfolge wurden in der Energiewirtschaft und Brennstoffindustrie erzielt, Kraftwerke betriebsbereit gemacht und Netze wieder hergestellt. Nach einer Schätzung belief sich die Industrieproduktion in den ersten Monaten nach der Befreiung vom Faschismus auf 10 bis 20 Prozent und Ende 1945 auf 25 Prozent des Standes von 1936.¹³

Das Potsdamer Abkommen

In diesem noch von allen Alliierten geschlossenen verbindlichen Vertrag wurde festgehalten, dass Deutschland demilitarisiert, denazifiziert, dezentralisiert und demokratisiert werden soll, um zu verhindern, dass es erneut einen Krieg anzettelt.

In den wirtschaftlichen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens wurden Aussagen darüber getroffen, welches Wirtschaftsniveau Deutschland zukünftig haben sollte. Die Grundaussage bestand darin, dass der mittlere Lebensstandard in Deutschland den anderer europäischer Länder, Großbritannien und die UdSSR ausgenommen, nicht übersteigen sollte. Dazu wurde bestimmt, dass dem deutschen Volk nach Zahlung der Reparationen noch genügend Mittel belassen werden müssten, die es ihm gestatteten, ohne fremde Hilfe zu existieren. Produktionskapazitäten, die in der Industrie als entbehrlich betrachtet werden konnten, sollten deshalb entweder entnommen oder vernichtet werden. Die wirtschaftlichen Grundsätze fanden im März 1946 in einem Reparations- und Industrieplan (in der Literatur allgemein als Industrieplan bezeichnet), auf den sich die Siegermächte geeinigt hatten, ihre Konkretisierung. Der Industrieplan legte die zu demontierenden Industrieobjekte und den ungefähren Produktionsumfang der deutschen Industrie und ihrer einzelnen Zweige fest. (aus Mühlfriedel: *SAG-Betriebe – Schulen des Sozialismus*)

Die Entmachtung der Konzerne

Das Potsdamer Abkommen schrieb die Entnazifizierung und Entflechtung sowie die Entmonopolisierung der deutschen Industrie vor, um für die Zukunft zu verhindern, dass Deutschland erneut Ausgangspunkt eines Weltkriegs werden könnte. Es war bewiesen, dass der Krieg von den großen Konzernen gewollt und organisiert wurde und dazu von ihnen die Macht an die Faschisten übertragen wurde. Konzerne aus der Kohle- und Stahlindustrie, wie Thyssen und Krupp als auch aus der Chemieindustrie wie der Trust IG Farben, in dem BASF, Bayer und Hoechst zusammen geschlossen waren, wollten mit der Kriegsführung Rohstoffe und Absatzmärkte erobern und sichern. Die Großbanken, wie die Deutsche Bank, spielten eine zentrale Rolle in der politischen Durchsetzung und Finanzierung dieser Vorhaben. Der völkerrechtlich verbindliche Potsdamer Vertrag wurde in der SBZ umgesetzt, während er in den westlichen Besatzungszonen absichtlich ausgesetzt wurde, um die Macht der großen Konzerne und alten Eliten zu restaurieren.

Die Situation nach Kriegsende war für die Arbeiterbewegung schwierig und von Aufbruch zugleich gekennzeichnet. Von den 1933 gezählten 300.000 Mitglieder der KPD war die Hälfte Verfolgungen durch das faschistische Terrorsystem ausgesetzt gewesen, zehntausende waren ermordet worden, viele hatten sich nur durch Flucht retten können. Die Organisationen der Arbeiterbewegung insgesamt mussten sich erst neu sortieren und orientieren.¹⁴ Eine Gruppe aus dem Exil zurückkehrender Kommunisten rund um Walter Ulbricht begann mit der politischen Arbeit noch vor der Kapitulation der Wehrmacht und konstituierte ein breites Netz aus Antifaschisten.¹⁵ Auch der Aufbau neuer Gewerkschaftsstrukturen begann unmittelbar.¹⁶

Volkskontrolle

Parallel zur Arbeiterkontrolle entstand die Volkskontrolle. Sie knüpfte an die Vorläufer aus der Zeit der Weimarer Republik an. 1923 wurden zur Abwehr von Schiebern und Spekulanten Volkskontrollausschüsse gebildet, aber rasch vom Staat unterdrückt. Die Volkskontrolle nach 1945 wurde zu einem einsatzfähigen Instrument der Bekämpfung aller Formen des schwarzen Marktes. Die Betriebsgruppen der Volkskontrolle sollten verhindern, dass die Betriebsleitungen einen Teil der Produktion auf dem schwarzen Markt absetzten. Nachdem der Schwarzmarkt effektiv bekämpft werden konnte, standen andere Themen im Vordergrund, vor allem die Feststellung aller Wirtschaftsschädigungen, wie mangelnde Arbeitsmoral, Planungsfehler, Nachlässigkeiten und Sabotage in Produktion und Verwaltung. Ein staatliches System der Wirtschaftskontrolle bildete sich heraus, die Zentrale Kontrollkommission bei der DWK wurde eingerichtet, in die die Volksausschüsse eingegliedert wurden. Im Oktober 1949 gab es 3782 Ausschüsse mit 26.000 Mitgliedern. (aus Roesler: *Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Betrieben*)

Die Industriebetriebe waren Zentren der organisierten Arbeiterbewegung. Hier hatten Kommunisten und Sozialdemokraten in Gewerkschaften und Betriebsräten bereits vor dem Faschismus wichtige Erfahrungen gesammelt. Viele waren sich darin einig, dass die Ursachen von Faschismus und Krieg beseitigt werden mussten. Nach dem Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, der auf die Revolution von 1918 zurückgeht, herrschte in Teilen der KPD und der SPD weiterhin Misstrauen.

Kommunistische Parteiführer wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sowie sozialdemokratische Politiker wie Otto Grotewohl und Max Fechner setzten sich jedoch für die Aktionseinheit ihrer Parteien ein.¹⁷

Die Betriebsräte und in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter gaben starke Impulse für die Belebung und Steigerung der Produktion und für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der Industrie. Sie entfernten Faschisten und belastete Personen aus den Betriebsleitungen und setzten sie zu Aufräumarbeiten ein. Tausende Angehörige der Konzernbürokratie wurden entfernt. Die Konzernbetriebe wurden aus den Konzerngefügen gelöst und neue Betriebsleitungen eingesetzt, größtenteils aus Arbeitern. Betriebsräte begannen das Mitbestimmungsrecht umzusetzen und in wesentlichen Teilen der Wirtschaft der SBZ die Arbeiterkontrolle zu errichten.¹⁸ Zunächst waren auf Grundlage der „Richtlinien für die Tätigkeit der lokalen Volksausschüsse auf dem Gebiet der Wirtschaft“ der KPD Ausschüsse aus SPD- und KPD-Mitgliedern entstanden, die unmittelbar Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsausschüsse gründeten, die vielfach die Leitungen der Betriebe übernahmen. Sie hatten damit bereits einen anderen Charakter als die beschränkte Form der Mitbestimmung in kapitalistischen Verhältnissen. 1948 wurden dann einheitliche Betriebsgewerkschaftsorganisationen geschaffen.¹⁹ Diese Form der Arbeiterkontrolle sollte, wie die SED häufig betonte, allerdings nicht überspitzt angewandt werden und kleine Betriebe enteignen, sondern sich gegen die großen Konzerne richten.

Arbeiterinitiative

Als die Arbeiter in den ersten Monaten nach der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands begannen, die Produktion wieder in Gang zu setzen, taten sie das, ohne die Anweisungen der - meist geflohenen oder sich zurückhaltenden - bisherigen Betriebsleitungen abzuwarten. So entstanden ganz zwangsläufig aus der Bewältigung der Tagesaufgaben Anfänge neuer Leitungsstrukturen neben den fortexistierenden Resten der alten. Die bisherige Betriebsleitung wurde oftmals unter Arbeiterkontrolle gestellt. Als Instrument dieser Kontrolle fungierte zunächst die spontan übernommene Form des Betriebsrats. Die SED betonte aber, dass es nicht um die Wiederauflage der alten, kapitalistischen Mitbestimmung gehen könne. Bereits im November 1945 konnte der Wirtschaftsminister Sachsens, der industriell entwickeltsten Region im Osten Deutschlands, feststellen: „Im Bergbau können die Betriebsführungen, Direktorien, Aufsichtsräte nichts mehr machen ohne die Betriebsvertretungen und Verbandsleitungen der Gewerkschaften.“

(aus Roesler: Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Betrieben)

Die Konzernzentralen gaben ihre Macht nicht freiwillig ab. Sie befanden sich im Berliner Westen, verfügten aber auch über illegal arbeitende Unternehmerorganisationen in der SBZ. Die Büros bürgerlich-demokratischer Parteien in der SBZ versuchten sie ebenfalls als Organisationszellen zu nutzen. Sie pflanzten einen wirtschaftlichen Krieg gegen die demokratische Umwälzung, in dem die Produktion auf geringem Niveau gehalten und das Tempo des Wiederaufbaus verlangsamt werden sollte. Dazu wandten sie Methoden an wie Missmanagement, das Verletzen technologischer Prinzipien, die Entwendung von technischen Unterlagen, den Diebstahl und Abtransport von Produktionsanlagen, sowie das Abwerben von Fachpersonal. Sie versuchten außerdem, die Werktätigen

irrezuführen, indem sie in demagogischer Weise die Schwierigkeiten der Regierung anlasteten und nicht den materiellen Nachkriegsbedingungen. Es wurden außerdem neue Verbände gegründet, darunter die Reichsindustriegruppe.²⁰

Die Konzerne übten ihre ökonomische Macht vor allem über die Banken und damit die Steuerung der Finanzmittel der Ökonomie aus. In den Banken konzentrierte sich das Netz der Verbindungen und Machtmittel. Die Entscheidung des sowjetischen Stadtkommandanten vom Juli 1945, die Tätigkeiten aller kapitalistischen Finanzinstitute und Banken zu verbieten und die Großbanken und Versicherungsgesellschaften zu schließen, war deshalb eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung der Potsdamer Abkommens. Jegliche Kreditoperationen wurden verboten und Bankguthaben gesperrt. Das sollte auch dazu dienen, den Geldüberhang, der noch aus der Kriegsökonomie stammte, einzuschränken und verhindern, Kriegsprofite zu realisieren. Darüber hinaus wurden alle Reichsvereinigungen, Reichsgesellschaften und die Reichskammer der Unternehmer verboten.²¹

Dieser Prozess der Umwälzung wurde auch von den Arbeitern in den Betrieben angeschoben. Angeregt von der Parteiführung der KPD erklärten vielfach Belegschaften, nachdem sie selbst ihre Betriebe wieder aufgebaut hatten, dass ihre Betriebe aus dem Konzernverband ausgeschieden seien und forderten die staatlichen Organe auf, die Verwaltung dieser Betriebe zu übernehmen. Die aus Antifaschisten zusammen gesetzten Landesregierungen konfiszierten das Eigentum von Kriegs- und Naziverbrechern. In Thüringen beschlagnahmte am 7. September 1945 der Landespräsident das Werk Eisenach der Bayrischen-Motoren-Werke AG. In Sachsen wurde der Flick-Konzern nicht nur konfisziert, sondern nach Forderungen der Arbeiter entschädigungslos enteignet.

”

Es wäre also eine Illusion, zu glauben, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sei unkompliziert, einfach und problemlos vor sich gegangen. Das Gegenteil war der Fall. Und das konnte auch gar nicht anders sein. Obwohl bei fast allen Beteiligten der beste Wille vorhanden war, musste sich doch bei jedem Genossen und in der gesamten Partei ein Erkenntnisprozess vollziehen. Das geschah nicht allein und in erster Linie durch Diskussionen, sondern vor allem durch die gemeinsame Lösung der praktischen Aufgaben im revolutionären Umwälzungsprozess. Ich erinnere mich, dass in Elbingerode bei einer ideologischen Diskussion der Redner, ein früherer sozialdemokratischer Genosse, sagte: ‚Also mit dem Marxismus, da haben wir uns ja noch vertraut gemacht, aber mit dem Leninismus bleibt uns bitte vom Leibe.‘ Und dafür bekam er den spontanen Beifall der Genossen aus der ehemaligen SPD. Die gleichen Genossen aber scheuten weder Kraft, Zeit noch Mühe, um tatkräftig die revolutionären Aufgaben zu lösen und im Sinne des Leninismus zu handeln. *Werner Brusckke (Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt 1949-1952) in „Die ersten Jahre“; S. 77 ff.*

Sequester-Kommissionen

Im Herbst 1945 wurde klar, dass die westlichen Alliierten keine Maßnahmen gegen die übermäßige Konzentration der deutschen Wirtschaft durchführen würden, alle

Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat zu konkreten Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Konzentration endeten auf Grund der Blockade der westlichen Alliierten ergebnislos.²² Zugleich steigerten die Konzernzentralen ihre Sabotageaktivitäten. Der anstehende Prozess hatte nicht die Enteignung aller kapitalistischen Betriebe zum Ziel, sondern von den Betrieben, deren Eigentümer Kriegs- und Naziverbrecher waren. Die Aufgabe bestand darin, die Betriebe zu prüfen und dann über die Enteignung zu entscheiden. Dies war nur durch die aktive Mitarbeit von Arbeitern und Angestellten möglich.

Die SMAD erließ den Befehl 124, der die Beschlagnahmung der Vermögen des deutschen Staats, der Amtsleiter der NSDAP, führender Mitglieder der Partei, der militärischen Behörden und der verbotenen Gesellschaften, Klubs etc. anordnete. Dazu gehörten auch verlassene Betriebe, darunter Aktiengesellschaften, deren Führungspersonal sich häufig in den Westen abgesetzt hatte.

Die Ausführung dieser Befehle übertrug die SMAD den demokratischen Staatsorganen. Diese überlegten, wie möglichst große Teile der Gesellschaft in die Umsetzung einbezogen werden könnten und richteten Kommissionen ein, die aus Mitarbeitern der Verwaltung, Vertretern der politischen Parteien, der demokratischen Massenorganisationen (VVN, FDGB, Jugendausschüsse, usw.) und Arbeitern aus den Betrieben bestanden und prüfen sollten, welche Vermögensobjekte aufgrund der Rolle, die ihre Eigentümer in der faschistischen Zeit gespielt hatten, unter Sequester, also Verwahrung, zu stellen sind.²³ Das heißt, dass sie solange unter staatlicher Verwahrung stehen sollten, bis die Prüfung abgeschlossen war und dann eine Entscheidung über die Enteignung gefällt wurde.

Ihre Mitarbeiter ermittelten in den verdächtigen Unternehmungen, prüften die Geschäftsunterlagen, befragten Arbeiter und Angestellte und gaben den beschuldigten Unternehmern Gelegenheit, sich zu rechtfertigen. Nach dieser eingehenden Prüfung fassten die Mitglieder der Kommissionen in der Regel einen gemeinsamen Beschluss darüber, ob dem Unternehmer das Verfügungsrecht über sein Eigentum zu entziehen ist oder nicht.²⁴ Die Arbeit der Kommissionen ermöglichte Einsichten in den inneren Zusammenhang des Kapitalismus mit Faschismus und Militarismus und war eine Form der Arbeiterkontrolle, mit der zugleich ein Überblick über die Vermögenswerte gewonnen werden konnte.

Die Sequesterkommissionen schlugen der SMAD vor, 19.932 Vermögensobjekte zu beschlagnahmen, 43 Prozent davon in Thüringen, jeweils 21 Prozent in Sachsen und Sachsen-Anhalt, in Brandenburg 10 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 5 Prozent. Von den unter Sequester stehenden Vermögensobjekten wurden 34 Prozent von der SMAD enteignet, 66 Prozent wurden den Privateigentümern zurückgegeben. Die Eigentümer der zurückgegebenen Betriebe hatten sich nicht als Kriegs- und

Naziverbrecher erwiesen oder es waren Produktionsstätten von geringer Bedeutung. Betriebe, über deren Zukunft sich die Regierung der UdSSR die Entscheidung vorbehielt, wurden auf einer Liste C festgehalten.²⁵

Das Vermögen wurde in die Verfügungsgewalt der deutschen Verwaltungen übergeben. Damit legte die SMAD die Entscheidung über die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher und die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse in die Hände der antifaschistisch-demokratischen Kräfte – im Unterschied zu den westlichen Alliierten.²⁶ Die SMAD ordnete außerdem an, 202 der als Reparationsleistungen zu demontierenden sequestrierten Betriebe (darunter die Leunawerke) in Deutschland zu belassen, in sowjetisches Eigentum zu verwandeln und aus ihrer Produktion Reparationsleistungen zu entrichten. Damit entstanden die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Herausbildung von Volkseigentum und der Planung der Ökonomie spielten.

Modell Sachsen

Für die Herausbildung von Leitungsstrukturen der Betriebe waren die ersten Schritte der Landesregierungen – und hier besonders der sächsischen – wichtig. Das Land war die industrielle Herzkammer der SBZ, auch wenn kleine und mittlere Betriebe vorherrschten. Die Ämter für Betriebsneuordnung waren Keimzellen der künftigen Organisation des wirtschaftlichen Lebens. Sie sorgten für die bessere Nutzung der Kapazitäten und Rohstoffe, organisierten den Ausgleich von Maschinen zwischen den Betrieben. Sie griffen zur Produktionssteigerung und zur effektiveren Produktion in die bestehende Organisationsstruktur der Betriebe ein und führten bisher selbständige Betriebe zusammen.²⁷

Diese Anstrengungen liefen ebenfalls unter aktiver Beteiligung und Initiative der Arbeiter. In Sachsen forderten die Arbeiter, dass im Kohlesektor alle Werke unter einheitlicher Führung, unabhängig von ihrer Eigentumsform, zusammengefasst werden sollten. Die Sächsische Steinkohlenwerke GmbH wurde geschaffen. Damit entstand das Grundprinzip für die Organisation von landeseigenen Betrieben, die in Industrieverwaltungen zusammengefasst wurden. Neben das Territorialprinzip, das zunächst notwendig war – also die Organisation der Betriebe eines Territoriums – trat das Produktionsprinzip. Die Organisation der Betriebe nach Industriezweigen ist die historisch am meisten verbreitete Form der Planwirtschaft. Das ZK der SED analysierte diesen Prozess von Anfang an und versuchte, die fortschrittlichen Formen der Organisation und Leitung zu verallgemeinern. In einem Leitfaden wurde die in Sachsen praktizierte Struktur als Modell für alle Länder festgehalten.²⁸

Volksentscheid Sachsen

Im April 1946 vereinigten sich KPD und SPD zur SED. Dies war ein historischer Schritt, der die Konsequenzen aus dem Faschismus zog, der nur aufgrund der Spaltung der Arbeiterbewegung siegreich sein konnte. Es war auch eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der neuen antifaschistischen Ordnung, die nur mit den Kräften beider Teile der Arbeiterbewegung möglich gewesen war und ein einheitliches Handeln der Bewegung ermöglicht hat.

Die SED beantragte bei der Landesverwaltung Sachsen die Durchführung eines Volksentscheids zum Gesetz über die Übergabe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes. Die 3000 Betriebs- und fast 2000 Wohngruppen der SED

entfalteten viele Aktivitäten auf Kundgebungen und Betriebsversammlungen, um über den Volksentscheid zu informieren und zu diskutieren. Dabei gelang es, breite gesellschaftliche Kräfte zu gewinnen, darunter die Kirchen, die zu einem „Ja“ aufriefen. Im Juni 1946 stimmten über 2,6 Millionen Sachsen der Frage „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben an Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?“ mit „Ja“ zu. Das waren 82,42 Prozent der gültigen und 77,62 Prozent



Plakat zur Mobilisierung zum Volksentscheid in Sachsen (aus Doernberg)

der abgegebenen Stimmen bei einer hohen Wahlbeteiligung von 93,71 Prozent. Dieser politische Erfolg hatte Ausstrahlung auf ganz Deutschland. In allen Ländern der SBZ folgten ähnliche Entscheidungen und sogar in Berlin konnte ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur „Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen in Gemeineigentum“ erzielt werden.²⁹

Der Weg zum Volkseigentum

Juristisch gesehen waren die Betriebe und Produktionsmittel noch kein Volkseigentum, sondern in Treuhandverwaltung der Länder. Es musste eine Eigentumsform geschaffen werden. Die Betriebe waren oft nur zum Teil Eigentum des Staates in Form von Beteiligungen. Das Verfügungsrecht über das Landeseigentum lag bei den Landesparlamenten. Die Landesverfassungen schlossen eine Reprivatisierung des Eigentums nicht aus.

1948 schlug die DWK vor, das Sequesterverfahren abzuschließen und eine gesamtzonale Organisation des gesellschaftlichen Eigentums an den industriellen Produktionsmitteln zu schaffen. Damit sollte die Phase der Überprüfung der privatkapitalistischen Unternehmer abgeschlossen werden und diejenigen, die nicht enteignet wurden, sollten sich voll der Entwicklung ihrer Betriebe zuwenden können. Im April 1948 erklärte die SMAD das aus der Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher hervorgegangene Landes-, Kommunal-, Genossenschafts- und Organisationseigentum zu einem einheitlichen Volkseigentum, das an Privatpersonen oder Organisationen weder veräußert noch übergeben werden durfte. Neben das Eigentum von natürlichen und juristischen Personen trat nun das dem ganzen Volke gehörende Eigentum.³⁰

Damit war der juristische Weg beschritten, der auf der politischen Aktivität durch Partei und Gewerkschaften basierte. Die neue Eigentumsform musste mit der Aktivität der Arbeiter, mit ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, verbunden werden. Durch die entstehende und von SED und FDGB initiierte Aktivistenbewegung wurden die Produktionsmittel zu Mitteln in den Händen des Volkes.

Beginn des „Kalten Kriegs“

Bereits 1946 hatten die USA begonnen, den Kurs zu ändern und sich geweigert, das Potsdamer Abkommen umzusetzen, wie der US-amerikanische Außenminister Byrnes erklärte. Bereits im März hatte der britische Premierminister in seiner berühmten „Fulton-Rede“ ein englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion gefordert.³¹ Es zeichnete sich ab, dass die Westzonen zu einem separaten Staat gemacht werden sollten. Dazu wurden sie zunächst von drei auf zwei Zonen zusammen gelegt, die einen gemeinsamen Wirtschaftsrat bildeten. Damit wurden die westlichen Gebiete aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum herausgelöst. Der Wirtschaftsrat bereitete heimlich eine Währungsreform für die Westzonen vor.³²

Der „Marshall-Plan“, mit dem 1948 Milliarden Dollar in die westdeutschen Konzerne gepumpt wurden, die Einbeziehung der Westzonen in die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), dem Vorläufer der OECD sowie die Währungsreform von 1948 waren vorbereitenden Schritte. Mit der Einführung der D-Mark wurde die Wirtschaft der Westzonen zu einem eigenen Kreislauf geschlossen – ein klarer Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen, das die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands vorschrieb.³³ Gleichzeitig verhängten die Westmächte eine völlige Blockade der SBZ, die zu schwerem Mangel an Material und Rohstoffen führte. Die Einführung der D-Mark in Westberlin führte zur Spaltung der Stadt in zwei Wirtschaftsgebiete und übte starken ökonomischen Druck auf die SBZ aus, da viele Waren von dort von dem stärkeren Währungsgebiet „aufgesogen“ wurden. Ziel der

kapitalistischen Staaten war das „Roll Back“ des Sozialismus und an vorderster Stelle der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse in der SBZ.

Die Situation im Jahr 1948 hatte sich gegenüber 1945 deutlich verändert. International spitzte sich die Konfrontationspolitik des Westens zu. Die USA gingen dazu über, aus den westlichen Besatzungszonen einen Separatstaat zu bilden als Frontstaat gegen das sozialistische Lager. Die Spaltung Deutschlands stand 1945 noch nicht fest, wurde aber schnell Realität. Der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung entsprach den Vorgaben des Potsdamer Abkommens. Der Aufbau einer eigenständigen Industrie und Ökonomie war notwendig, um diese Ordnung abzusichern und zu entwickeln. Die Alternative bestand in der Restauration der Verhältnisse, die zum Krieg geführt hatten oder in der Stärkung der antifaschistischen Kräfte – auch derer in den westlichen Besatzungszonen.

Die SED beschloss 1948 einige Maßnahmen, darunter die Erstellung eines Zwei-Jahres-Plans zum Aufbau der Wirtschaft. Die Partei unternahm außerdem Anstrengungen, Personal auszubilden, das in der Lage war, die neuen Aufgaben zu meistern. Das Ziel war noch nicht die Errichtung des Sozialismus, sondern die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. SED und die UdSSR strebten weiterhin ein einheitliches, neutrales Deutschland an und unternahmen zahlreiche Initiativen, um den westlichen Spaltungsvorstößen etwas entgegen zu setzen, darunter die Volkskongress-Bewegung, die eine zentrale deutsche Regierung sowie ein Volksbegehren zur deutschen Einheit forderte und sich in drei Volkskongressen mit zum Teil über 2000 Delegierten aus allen Besatzungszonen manifestierte. In den westlichen Besatzungszonen wurde diese Bewegung verboten.

Der Aufbau der Ökonomie war nicht einfach und fand unter permanenter Sabotage, Embargo und militärischer Bedrohung durch den Westen statt. Die Versorgungslage war in diesen Jahren noch sehr schlecht. Eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Organe und Betriebe war es, die Produktion zu steigern und die Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern zu versorgen. Die Lebensmittelversorgung in Sachsen betrug 1946 nur 39% des Kalorienverbrauchs je Kopf und Tag im Vergleich zum Stand von 1934-38, 1947 waren es 41,5% und 1948 54,1%.³⁴ Dennoch war es 1948 gelungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen und das Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit zu beseitigen.

Zwei-Jahres-Plan

Dem Zwei-Jahres-Plan (ZJP) ging ein Wirtschaftsplan für das zweite Halbjahr 1948 voraus.³⁵ 1948 legte die SED auch einen Entwurf für den ZJP zur Diskussion vor und ging damit zur längerfristigen Wirtschaftsplanung über. Auf den ZJP folgten die 5-Jahres-Pläne. In der Planwirtschaft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder bildeten sich Perspektivpläne als längerfristige Planung mit einer Dauer von fünf Jahren und Jahrespläne für die konkretere Steuerung der Wirtschaft heraus. Hinzu kam später die Generalperspektive, mit der übergreifende Entwicklungen beispielsweise im technischen Bereich geplant werden sollten.

Der ZJP hatte zum Ziel, die Produktion und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Im Zentrum stand der volkseigene Sektor, der ausgebaut werden sollte. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch einen bedeutenden kapitalistischen Sektor. In der Industrie gab es noch 1950, also am Ende der Phase des ZJP, 17.500 kapitalistische Unternehmen (=74,4% aller Industriebetriebe) mit 548.000 Arbeitern und Angestellten (24,3% aller Beschäftigten), die 23,5% des industriellen Bruttoprodukts erzeugten. Besonders hoch war der Anteil in der Leicht- und Lebensmittelindustrie.³⁶ Das Ziel des ZJP war, ein Übergewicht des volkseigenen Sektors herbeizuführen, aber auch Privatinitiative einzusetzen, um die Produktion zu steigern und die Wirtschaft wieder herzustellen.



aus illustrierte historische Hefte, 16

Tabelle 1: Anteil an der industriellen Bruttoproduktion, in Prozent (1948)

	SAG	VEB	Privatbetriebe
Industrie gesamt	22	39	39
Grundstoffindustrie			
Energie	44,1	49,2	6,7
Bergbau	33,5	61,5	5
Metallurgie	44,5	52,3	2,7
Chemie	56,7	22,1	21,2
Baumaterialien	15,8	45,6	38,6
Metallverarbeitende Industrie			
Maschinenbau	28	45,1	26,9
Elektrotechnik	40,8	38,1	21,1
Feinmechanik/Optik	26,8	44,7	28,5
Leichtindustrie			
Holz	0,8	23,5	75,5
Textilien	2,4	50,6	47
Konfektionsindustrie	0,2	36	63,8
Zellstoff und Papier	6,4	39,9	53,7
Nahrungs- und Genussmittelind.	0	35,8	64,2

Quelle: Wirtschaftsgeschichte, S. 179

Die kapitalistischen Betriebe

Die SED stellte nicht die antikapitalistische Nationalisierung in den Vordergrund, sondern orientierte darauf, die Privatinitiative zu nutzen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Schlüsselstellungen der Ökonomie – Energie, Schwerindustrie und Finanzen – waren unter staatlicher Kontrolle. Die kapitalistischen Betriebe waren auf der einen Seite in das Lenkungssystem eingebunden, auf der anderen Seite waren ihrer Kapitalverwertung Grenzen gesetzt. Denn die Bedingungen für die kapitalistische Reproduktion waren nicht aufgehoben, daher strebten die Unternehmer nach Expansion und einer möglichst hohen Profitrate.

Die privatkapitalistischen Betriebe waren kleiner und weniger maschinisiert als die volkseigene Industrie. In einem privatkapitalistischen Betrieb arbeiteten durchschnittlich 31,2 Arbeiter und Angestellte und erzeugten ein Bruttoproduct im Wert von 312.432 M. In einem volkseigenen Betrieb waren es 486 Arbeiter, die ein Bruttoproduct von 5.014.600 M erzeugten. Die Maschinen waren zudem meist veraltet.³⁷

Die Einbindung und Zurückdrängung der kapitalistischen Betriebe lief nicht ohne Konflikte ab. 1948 wurden Sortimentvorgaben zusätzlich zu den bisherigen Mengenvorgaben eingeführt. Damit sollte verhindert werden, dass die kapitalistischen Betriebe schlechte Ware mit hohem Output produzierten, um die staatliche Materialzufuhr zu sichern und die bessere Ware dann teuer auf dem Schwarzmarkt absetzen. Es gab weitere Mittel, mit denen die kapitalistischen Betriebe versuchten, die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu unterlaufen, darunter die Verletzung von Preisvorschriften und die Vorenthaltung von Steuern. Es kam zu politischem Unmut seitens der Unternehmer und auch zur Gründung von Unternehmerorganisationen. Die SED analysierte die Lage und führte zur Lösung kommerzielle Beziehungen zwischen den volkseigenen und den kapitalistischen Betrieben ein, die nun über Verträge statt über Produktionsauflagen gestaltet sein sollten.³⁸

Die privatkapitalistischen Betriebe hatten einen Beitrag zur antifaschistisch-demokratischen Entwicklung geleistet und insbesondere im Export eine wichtige Rolle gespielt. Ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion ging von 43,7 % 1947 auf 31,5% 1949 zurück – damit war die Stoßrichtung des 2JP erfüllt worden.³⁹

Volkseigener Industriekreislauf

Um die VEB sollte ein Kranz von Handwerkerbetrieben gebildet werden, die als Zulieferer fungieren oder Reparaturen ausführen können sollten. Die Wiederingangsetzung der Schwerindustrie wurde ins Zentrum gestellt, noch nicht so sehr der Neuaufbau. Es ging darum, einen geschlossenen volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess in der SBZ herzustellen, ohne den es zu Stockungen, Störungen und weiteren Disproportionen gekommen wäre. Die Schwierigkeiten waren von Anfang an groß, es gab häufige

Stillstandszeiten aufgrund überalterter Technik und fehlender Ersatzteile aufgrund des westlichen Embargos.

Die Betriebe der volkseigenen Industrie mussten untereinander Beziehungen herstellen, dafür war die Herstellung eines Finanzkreislaufs notwendig. Es wurden außerdem Eröffnungsbilanzen erstellt, die zum ersten mal einen vollständigen Überblick über die in den Händen des Volkes befindlichen industriellen Vermögenswerte gaben. Der grundlegende Ablauf war: Die Betriebe führten ihre Gewinne und Amortisationen an die DWK ab und erhielten von ihr Ausgaben für Investitionen. Die staatlichen Behörden mussten für die Planerstellung die Produktionsstatistik neu erstellen, einen Preiskatalog und eine vergleichende Wertplanung, Verbrauchsnormen und Lohnquoten festlegen und eine Verbrauchsanalyse erarbeiten. Um Fachkräfte für die Planung der Ökonomie auszubilden, wurde die Verwaltungsakademie gegründet.⁴⁰

Planungsausschüsse

Der Plan wurde breit zur Diskussion gestellt, es wurden Planungsausschüsse und Plankommissionen gebildet. 1948 gab es allein in Sachsen 1111 Plankommissionen mit 4599 Mitgliedern. In großen Betrieben gab es Planungsbüros mit hauptamtlichen Mitgliedern. Die Ausschüsse sollten die Pläne auf die Betriebe herunterbrechen und den Arbeitsablauf im Betrieb lenken und aktiv gestalten. In den Betrieben sollten zusätzliche Pläne aufgestellt werden, um Rohstoffe, Energiequellen, Arbeitskräfte und Finanzmittel auszuschöpfen. Dieses Vorgehen führte 1949 zur Form des „Gegenplans“, der „Antwort“ oder Ergänzung der Betriebe des zentralen Plans, die den Beitrag des Betriebs genauer fassen und die Produktion steigern sollte. Die Betriebsplanungsausschüsse wurden der betriebliche Unterbau des Planungsapparates.⁴¹

Eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Planung spielten die Erfahrungen der Sowjetunion und die Rolle der SAG in der SBZ.⁴² Ihre Direktoren waren erfahren und bildeten deutsche Leitungskräfte aus. Die SAG planten flexibler, ließen den Direktoren mehr Spielraum und führten wichtige Kontrollen der Produktion ein. So meldeten zum Beispiel Dispatcher in der Kohleindustrie stündlich Daten des Produktionsablaufs im Abbau. Grund für die höhere Produktivität der SAG war, dass die Erfahrungen aus der Sowjetunion angewandt wurden. Die Ein-Mann-Leitung war dabei ein wichtiger Faktor. Mit einer strafferen Leitung, die ein Augenmerk auf betriebswirtschaftliche Fragen wie Rationalität, Rohstoffsparsamkeit und Steigerung der Arbeitsmoral legte, konnten schnellere und effektivere Entscheidungen getroffen werden, während in der Anfangsphase der antifaschistisch-demokratischen Ordnung teilweise basisdemokratische Vorstellungen vorherrschten und Dreier-Gremien zur Leitung der Betriebe eingesetzt wurden, die aber weniger effektiv arbeiteten.⁴³

Negative Akkumulation

1946 kam es zu einem starken Rückgang der Industrieproduktion und zum Erliegen des Transportsystems, unter anderem aufgrund starken Frosts. Die Versorgung verschlechterte sich. Das Leistungsvermögen der Arbeiter sank auf unter 20% bis 30% des Normalzustands. Die Arbeitsdisziplin ließ stark nach. Es gab mehrere Probleme, die gelöst werden mussten, darunter die geringe Kapazitätsauslastung und die verzerrte technische Zusammensetzung des Produktionsapparates: Es wurden unpassende Maschinen zur Herstellung von Produkten eingesetzt, dabei wurde häufig viel Energie verschwendet und der Verschleiß der Maschinen erhöht. Es kam außerdem zu hohem Reparaturaufwand und mangelnder Qualität der Arbeitsmittel. Dies waren Folgen der durch die Kriegswirtschaft und die Spaltungspolitik hergestellten Disproportionen.⁴⁴

Das zur Erzeugung der gegebenen Menge an Gebrauchswerten aufgewandte Quantum an lebendiger Arbeit stieg 1947 erheblich an. Ein Faktor, der dazu beitrug, war die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsdisziplin, die sich darin zeigte, dass ein erheblicher Teil der Arbeitskräfte vom Arbeitsplatz fernblieb und es eine allgemeine Arbeitszurückhaltung gab: Arbeiter brachten ihre Erfahrungen und Fertigkeiten nicht voll in den Arbeitsprozess ein. Hinzu kam die mangelnde Qualifikation vieler Arbeiter, die erst neu in den Prozess kamen. Die Produktionszeit für ein Erzeugnis war länger als die technologisch bedingte notwendige Zeit, weil die mangelhafte Qualität zu Nachbesserungen zwang.⁴⁵

Normen und Widersprüche

Die Normen, mit denen festgelegt wurde, wieviel in einem Zeitraum erarbeitet werden sollte, waren nicht nur schwierig zu berechnen. Die Steigerung der Produktivität führte zur Steigerung der Normen, denn nun konnte in kürzerer Zeit mehr produziert werden. Es war ein schwieriger Bewußtseinsprozess, zu verstehen, dass eine Steigerung der Leistung nicht wie im Kapitalismus zu Lohnsenkung und Entlassung führt, sondern zu einem besseren Leben für alle. Insbesondere solange es noch kapitalistische Betriebe gab und solange der Effekt der Verbesserung nicht unmittelbar zu spüren war, sondern zunächst die Schwerindustrie aufgebaut werden musste. Die Widersprüche der Normen nutzte auch der Gegner aus und versuchte gegen die Regierung aufzustacheln, wie sich bei der Instrumentalisierung der Unruhen von 1953 zeigte, für die eine Normerhöhung zum Auslöser genutzt wurde.

Die Produktivität war zu gering. 1948, dem Ausgangsjahr des 2JP gab es noch eine „negative Akkumulation“, das heißt, dass mehr verbraucht wurde als erzeugt bzw. ersetzt und neu geschaffen wurde. Das Verhältnis von Erzeugung und Verbrauch betrug 1948 17,2 zu 18,3 Milliarden Mark. An diesem Problem musste sowohl technisch gearbeitet werden als auch durch bewusstes Handeln der Produzenten. Die Kriegsschäden und die ausbleibenden Rohstofflieferungen aufgrund der Blockadepolitik des Westens erforderten massive Investitionen, die nur dank Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der Steigerung der Produktion geleistet werden konnten.⁴⁶

Aktivistenbewegung

Das Leistungsverhalten musste gesteigert werden. Dafür wurde das Anreizsystem durch Stück- und Akkordlohn (Berechnung anhand der produzierten Menge oder Stückzahl pro Stunde) erweitert. Ein Problem war die Bestimmung der Arbeitsnormen, also die Bestimmung, wieviel in einer gegebenen Zeit zu produzieren ist. Sie basierten bis dahin auf vom Kapitalismus übernommenen Kategorien oder wurden nach Schätzung erstellt, hatten also noch keine wissenschaftliche und wirklich adäquate Grundlage. Ab 1948 kam es zu einer systematischeren Anwendung von technisch begründeten Arbeitsnormen (TAN).⁴⁷

Die Eigeninitiative der Arbeiter in Form der Aktivistenbewegung war vorerst noch nicht zu einer Massenbewegung geworden, viele Arbeiter hielten an ihren Normen fest. Die SED stellte auf ihrem II. Parteitag 1947 die Losung „Mehr produzieren, gerecht verteilen, besser leben!“ auf und rief zur Initiative zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme auf. Im Steinkohlebergbau gab es viele Probleme, vor allem die schlechte technische Ausrüstung, die schwierigen geologischen Bedingungen und damit verbundenen Arbeitsbedingungen, aber vor allem die teilweise durch die hohe Fluktuation verursachte gesunkene Arbeitsmoral.⁴⁸ Die SMAD steuerte unter anderem mit deutlich verbesserten Lebensbedingungen für die Bergarbeiter entgegen, das Tarifsystem wurde erneuert, Löhne angehoben, Urlaub ausgeweitet und Erschwerniszuschläge erhöht. Der SED gelang es durch kontinuierliche Arbeit, mehr Bergarbeiter politisch zu aktivieren, was an der gestiegenen Wahlbeteiligung bei den Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen erkennbar wurde. Zugleich nahm die Aktivität des politischen Gegners zu, Sabotage häufte sich ebenso wie Diebstähle, die aufgrund der hohen Fluktuation der Arbeiter leichter fielen. Die Abwerbung wurde gesteigert, die Stimmung verschlechterte sich. In dieser Situation waren die erfahrenen Arbeiter, die bereits mit der harten Arbeit vertraut waren und Organisationserfahrung hatten, zentral. Sie bildeten die Keime der Aktivistenbewegung.⁴⁹

Im ersten Halbjahr 1948 beriefen SED, FDGB und FDJ zahlreiche Aktivistenkonferenzen ein und organisierten Wettbewerbe zwischen den Betrieben zur Steigerung der Produktivität. Die Zahl der Aktivisten konnte gesteigert werden, wenn auch noch auf niedrigem Niveau. Ein wichtiger Umschwung gelang durch den Beschluss des Entwurfs für den Zwei-Jahres-Plan. Dadurch war die Perspektive der Arbeit klarer. Die Parteiorganisationen in den Betrieben konnten ihre Aktivitäten steigern, die Beratung der Pläne mobilisierte große Teile der Belegschaften.⁵⁰

Vorbild Adolf Hennecke

Einen wichtigen Impuls für die Popularität der Aktivistenbewegung leistete der Bergarbeiter Adolf Hennecke. Er verfügte bereits über zwanzig Jahre Berufserfahrung, zeichnete sich durch gleichbleibend gute Arbeit aus und war SPD- und dann SED-

Mitglied. Die Gewerkschaftsgruppe und die Werkleitung seines Betriebs führte ernste Gespräche mit allen Genossen und zog diejenigen zur Rechenschaft, die häufig die Arbeitsdisziplin verletzten. Die aktivsten Parteimitglieder hatten sich bereit erklärt, an den schwierigsten Orten zu arbeiten. Hennecke wurde als Arbeitsinstrukteur eingesetzt und sollte die Ortsbelegschaften so zusammenstellen, dass eine bessere Leistung erzielt wurde. Er leitete die weniger erfahrenen Arbeiter an, wobei er selbst wertvolle Erfahrungen in der Organisation des Arbeitsprozesses und der Führung von Menschen sammelte.⁵¹

Hennecke beobachtete die stagnierende Leistung des Betriebs. Er schlug eine bessere Arbeitsvorbereitung, die Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden und die genauere Nutzung der geologischen Gegebenheiten vor, sowie den wirkungsvolleren Einsatz der Technik. Im Herbst 1948 konnte er seine Norm mit 387 Prozent übererfüllen.⁵² Das Besondere an der Leistung Henneckes lag nicht einfach in einer größeren physischen Anstrengung, sondern in der Erfassung des gesamten Arbeitsprozesses und aller seiner Bedingungen. Durch seine Erfahrungen als Instrukteur erkannte er, dass zur Steigerung der Produktivität die bessere Arbeitsorganisation, die rationellere Auslastung der Produktionsmittel und pfleglichere Behandlung der Arbeitsmittel sowie neue Arbeitsmethoden und nicht zuletzt die politische Einstellung des Arbeiters notwendig waren. Hennecke besprach den Ablauf der Schicht mit dem Werkleiter und den Kameraden und plante jeden Arbeitsschritt im Voraus. Er setzte sich intensiv mit den geologischen Gegebenheiten auseinander. Die möglichst nahe Heranführung der Fördermittel an den Kohlenstoß, um Schaufelarbeit zu ersparen, der effektivere Griff des Hammers und die Bestimmung eines Arbeitsrhythmus, der eine intensive Schicht ermöglicht waren wichtige Elemente der Verbesserung der Arbeitsorganisation, in der Hennecke auch die Erfahrungen des Arbeitskollektivs verallgemeinerte.⁵³



Adolf Hennecke bei der Arbeit als Arbeitsinstrukteur (aus illustrierte historische Hefte, 16)

Das Kollektiv und das Mitdenken waren wesentliche Bestandteile der Aktion. Der Anlass für Hennecke – die Produktion zu steigern – entsprach den Beschlüssen seiner Partei, die das Problem gesamtgesellschaftlich analysiert hatte. Es handelte sich daher nicht um eine spontane Einzelanstrengung, sondern war Teil einer politischen Bewegung.

Hennecke wandte die die allgemeinen Erkenntnisse auf die konkreten Arbeitsschritte an.⁵⁴

Seine Leistung wurde über Rundfunk und Presse vermittelt. SED, FDGB und FDJ werteten sie in den Betrieben aus und viele Betriebsgruppen ergriffen Initiativen, die aber zunächst auf großen Widerstand stießen. Zahlreiche Arbeiter bezeichneten Hennecke als Normbrecher, auch aufgrund einer Hetzkampagne der Westsender. Erst mit der Bildung des volkseigenen Sektors entstanden objektive Bedingungen für eine neue Einstellung zur Arbeit in den Betrieben und für neue Beziehungen zwischen den Werktätigen und die Aktivistenbewegung konnte zur Massenbewegung werden. Sie wurde von der Gewerkschaftsbewegung gefördert und Aktivisten-Konferenzen organisiert, die zum Austausch der Erfahrungen wichtig waren.⁵⁵ Die Ausbreitung der Bewegung fand aus dem Betrieb Henneckes, dann in den anderen Steinkohlerevieren heraus statt und basierte auf der intensiven Arbeit der Werkleitungen und Instrukteure mit den Kollegen. Jüngere Arbeiter, die mehr Elan mitbrachten und durch den Krieg geprägt wurden, den sie hassten, hatten einen entscheidenden Anteil am Wachstum der Bewegung.⁵⁶

Als Anreiz für die Leistungssteigerung dienten auch Sachleistungen oder Scheine zum Kauf im volkseigenen Einzelhandel, den Läden der Handelsorganisation „HO“ sowie die Möglichkeit ohne Schein dort einzukaufen. Für viele Bergleute war das eine Steigerung ihrer Lebensverhältnisse. Die materielle Interessiertheit war ein wichtiger Hebel zur Motivation. Die Erkenntnis, dass nur durch die gestiegene Produktivität das Leben zu verbessern ist, setzte sich langsam durch.

Die Steigerung der Leistung war zwar ein wichtiger Fortschritt. Allerdings führte er zur Steigerung der Löhne, ohne dass die Produktivität im selben Maße anstieg. Die politisch bewusstesten Arbeiter, davon die meisten in Partei und Gewerkschaft organisiert, begannen deshalb, ihre Normen zu erhöhen. Das heißt, dass sie mehr arbeiteten in der gleichen Zeit – ohne dass ihr Lohn anstieg. Dieser Schritt drückte das notwendige Bewusstsein aus, mit dem ein neues Verhältnis zur Arbeit möglich wurde.⁵⁷

Ende Juni 1949 erklärte auf einer Konferenz von Aktivisten aus den Steinkohlenwerken des Zwickau-Oelsnitzer Reviers, organisiert vom Landesvorstand der SED Sachsen, der Hauer Alfred Baumann, dass er die Norm, nach der er bisher arbeitete, aus eigenem Antrieb erhöht hat. Er forderte die anwesenden Aktivisten auf, ebenfalls ihre Norm zu verändern. Seit den Sommermonaten des Jahres 1949 folgte in verschiedenen Industriezweigen eine wachsende Anzahl von Arbeitern dem Beispiel von Alfred Baumann. Viele der Arbeiter schlossen mit den Betriebsleitungen Verträge, in denen die Bedingungen, unter denen die freiwillige Normerhöhung erfolgte, festgehalten waren. Neben einzelnen Arbeitern erklärten sich auch Arbeitergruppen zu einer Erhöhung ihrer Arbeitsnorm bereit.⁵⁸

Qualität und Wettbewerb

Viele Formen der Masseninitiative wurden aus der Sowjetunion übernommen, wo sie bereits erfolgreich praktiziert wurden. Die mangelnde Qualität der Produkte führte zu notwendigen Reparaturen und zu nicht absetzbaren Fehlprodukten. Insbesondere im Export war das ein Problem. Das Einhalten der technischen Vorschriften war zentral, um die Qualität der Produkte zu steigern. Dabei halfen fachlich erfahrene Arbeiter denjenigen, die noch nicht über dieselben Fähigkeiten verfügten. Auch die Betriebe begannen als Kollektive zu handeln. Sie führten wöchentliche Produktionsberatungen und innerbetriebliche Wettbewerbe durch und bildeten Qualitätsbrigaden nach dem Vorbild der Sowjetunion, die aus den besten Arbeitern, dem Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung zusammengesetzt waren und die Produktion untersuchten und kontrollierten. Sie halfen den Arbeitern mit Schwierigkeiten, erarbeiteten Arbeitsvorschriften und legten Grenzen für Qualitätssorten fest.⁵⁹

1948 entstand auch die Wettbewerbsbewegung. Sie organisierte den Wettstreit um die besseren Produktionsergebnisse zwischen den Belegschaften verschiedener Betriebe und zwischen Belegschaftsmitgliedern. Sie wurden zu einem regelmäßigen Bestandteil des betrieblichen Lebens. Entscheidend war, dass die Arbeiter und Ingenieure den Arbeitsprozess bewusst gestalteten und die Organisation der Arbeit verbesserten. Das war damit verbunden, dass mehr Arbeiter die betrieblichen und gesellschaftlichen Verhältnisse durchdringen konnten und dadurch Materialnutzung und Energieverbrauch effizienter gestalteten. Die Ausschöpfung der Kapazitäten sollte somit gesteigert und die Qualität und Rentabilität verbessert werden.⁶⁰

”

Ich zerbrach mir den Kopf, wie ich mit meinen Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualität beitragen konnte. Ein Artikel aus einer Broschüre zu Arbeitsmethoden aus der Sowjetunion ließ mir keine Ruhe. Es ging um die Steigerung der Qualität in der Textilproduktion. Unser Betriebsleiter rief schließlich zur Bildung einer Qualitätsbrigade auf. Wir beschlossen, dass alle Mitglieder von ihrem Arbeitsplatz aus die Kollegen anleiten und mit ihnen Fehler besprechen. Die Qualität konnte gesteigert werden. Es war aber ein harter Kampf. Meine Darstellungen auf Versammlungen wurden oft kritisch aufgenommen, einzelne traten provokatorisch auf. Ich ließ mich nicht einschüchtern. Manche störten sich auch daran, dass ich eine Frau war, die über die Verbesserung der Arbeit redete. Die Frauen reagierten meist viel positiver, waren zugänglicher und sehr wissensdurstig. Es war die Zeit des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau, nicht theoretisch, auf dem Papier, sondern in den Betrieben, in der täglichen praktischen Arbeit.“

Luise Ermisch in „Die ersten Jahre“, S. 134 ff.

Bei allen Formen der Masseninitiative spielte die Etablierung einer neuen Kultur der gemeinsamen Arbeit eine große Rolle. Kollektivität, gegenseitige Hilfe und Kameradschaftlichkeit waren Voraussetzung zur Entfaltung des Schöpferturns der Arbeiter. Die Auseinandersetzung mit Individualismus, Egoismus und Ignoranz musste

geführt werden ohne dabei das Streben nach einem besseren Lebensstandard abzulehnen.

Die Aktivistinnen- und Wettbewerbsbewegung führte zu einer Steigerung der Pro-Kopf-Produktivität – im Maschinenbau um 45% und bei Textil- und Lederwaren um 88%. Die Produktivität erhöhte sich insgesamt allmählich ab Herbst 1947, steig 1949 stärker an und erreichte 85% des Standes von 1936. Ende 1950 erreichte sie 111% des Stands von 1936 – statt der im Plan vorgesehenen 81%. Die vergesellschaftete Wirtschaft hatte einen Anteil von 60% am gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Damit war das Ziel des 2JP erreicht und der volkseigene Sektor zum quantitativ und qualitativ bestimmenden Sektor geworden.⁶¹

Neue Generation

Die aktiven Arbeiter, die die Lösung der Probleme in die Hand nahmen und eine neue Form der Zusammenarbeit entwickelten, prägten eine neue Generation von Arbeitern und Angestellten. Berufsschulen wurden aufgebaut, 1950 wurden 50% aller Lehrlinge in der volkseigenen Industrie ausgebildet, 16% in der privatkapitalistischen Industrie und 33% im Handwerk.⁶² Die Betriebe der volkseigenen Industrie waren zudem die moderneren, sich entwickelnden Betriebe im Unterschied zu den meisten kapitalistischen.

Bemerkenswert ist, dass die Formen der neuen Arbeit bereits in dieser früher Phase entstanden sind. Ein Hintergrund ist die Aufbruchs- und Aufbauphase, die sowohl viele Schwierigkeiten mit sich brachte, aber auch eine starke Dynamik entfaltete. Es war kein Zufall, dass die Jugend gegenüber den Aufrufen der SED und der Gewerkschaften, mehr zu produzieren und mitzudenken, um besser zu leben, besonders aufgeschlossen war. Sie war weniger durch hemmende Traditionen geprägt und bereit, eine neue Gesellschaft aufzubauen.⁶³ Die Initiative der Arbeiter war keineswegs durchgehend und stabil. Teilweise war sie vor allem durch Kampagnen angestoßen und ebte wieder ab. Erst nach einer Weile der Entwicklung und Stabilisierung der neuen Verhältnisse konnte sie zu einem andauernden Element des gesellschaftlichen Lebens gemacht werden.

Dennoch spielte die Bereitschaft Hunderttausender, über das bisher Normale hinaus zu arbeiten und zu denken, eine große Rolle beim Aufbau der Ökonomie. Ein Ausdruck dafür sind auch die großen freiwilligen Einsätze zum Bau von Großprojekten, wie zum Beispiel den Bau einer Wasserleitung zur Maxhütte Unterwellenborn („Max braucht Wasser“). Auch der Arbeitseinsatz vieler Arbeiter auf dem Land zur Unterstützung der im Jahr 1952 angestoßenen Genossenschafts-Bewegung war ein wichtiger Beitrag zur Herstellung der neuen Verhältnisse.

Gründung der DDR

1949 spitzte sich die politische Konfrontationspolitik des Westens zu. Im Mai 1949 wurde die BRD gegründet und damit die Spaltung Deutschlands manifestiert. Im Oktober 1949 reagierte die SBZ mit der Gründung der DDR. Gemessen mit den Maßstäben der kapitalistischen Gesellschaft schien die DDR keine Chance zu haben: 1936 erfasste das entsprechende Gebiet der DDR 30,4% des Territoriums, aber nur 17,9% der Industrieproduktion. Die Rohstoffbasis fehlte, es gab große Disproportionen zwischen Grundstoff- und metallverarbeitender Industrie sowie Mangel an Kapazitäten zur Aufbereitung von Rohstoffen. Das Embargo des Westens sowie innere Gegner und Sabotage durch westliche Agenten kamen hinzu.

Nach der Staatsgründung erfolgte die Übergabe der Staatsfunktionen an die DDR. Neue staatliche Organe wurden gebildet, darunter die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, das oberste Gericht und die oberste Staatsanwaltschaft sowie das Ministerium für Planung und Industrie. Außerdem wurde die Nationale Front gebildet, deren Ausschüsse von Einwohnerversammlungen gewählt wurden.

In den folgenden Jahren konnte die DDR nicht nur eine starke Volkswirtschaft aufbauen und in diesen Prozess viele Werktätige einbinden. Dies gelang bei offener Grenze und damit zahlreichen schwerwiegenden ökonomischen Störungen, wie und Sabotageaktionen, dem Abwerben von Fachkräften, der illegalen Arbeit von DDR-Bürgern im Westen („Grenzgängerei“), dem Ausnutzen der Währungsunterschiede sowie der Subventionierung von Lebensmitteln und anderen Gütern durch die SBZ. Die Frage der Arbeitsproduktivität blieb eine zentrale Herausforderung und hierbei spielte die Initiative der Arbeiter, ihr Bewusstseinsstand und die Arbeit der SED an diesen Fragen eine wichtige Rolle.

Trotz der Erfolge des 2JP blieb vieles hinter dem Vorkriegsstand zurück. Die Investitionstätigkeit war gering, die größere Bevölkerung (1 Fünftel über Vorkriegsstand), führte zu Versorgungsschwierigkeiten. Im Vergleich zu den 1970er Jahren betrug der Konsum von Fleisch und höherwertigen Lebensmitteln 1950 pro Kopf nur ein Viertel, von Butter die Hälfte, während er bei Kartoffeln und Mehl um ein Viertel höher lag.⁶⁴

Die Veränderungen der Arbeiterklasse waren widersprüchlich. Während das sozialistische Bewusstsein durch die VEB zunahm, war ein immer noch hoher Teil in privater Industrie beschäftigt, dessen Bewusstsein weniger stark entwickelt war. Der Formierungsprozess der Arbeiterklasse war noch im Fluss. Die Frage „Wer-Wen“ war 1950 noch nicht entschieden, aber die Vorbedingungen hatten sich zu Gunsten der Arbeiterklasse entwickelt.

Die Gründung der DDR war eine historische Wende in der deutschen Geschichte. Der erste Staat, geführt von Arbeitern und Bauern, der die Konsequenzen aus Kapitalismus,

Krieg und Faschismus zog, war gegründet worden. In den folgenden Jahren konnten Leistungen erbracht werden, die zur Entstehung einer neuen Ökonomie in den Händen des Volkes führten und Putschversuche und ständige Provokationen überstehen konnte. Aber auch die Probleme blieben: Die Produktivität musste ständig gesteigert werden, die Konkurrenz des „Schaufenster des Westens“ BRD war hart. Auch hier konnten große Erfolge erzielt werden. Zur Untersuchung dieser und weiterer Fragen sollen weitere Publikationen erstellt werden.

Literatur

- Baar, Lothar, Hrsg. *Wirtschaftsgeschichte : ein Leitfadens*. Frankfurt am Main: Verl. Marxistische Blätter, 1979.
- Badstübner, Rolf. *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin: Dt. Verl. der Wiss., 1981.
- Barthel, Horst. *Adolf Hennecke: Beispiel und Vorbild*. illustrierte historische hefte 16. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1979.
- Doernberg, Stefan. *Kurze Geschichte der DDR*. 3., Überarb. und erw. Aufl. Berlin: Dietz, 1968.
- Keller, Dietmar. *Lebendige Demokratie : der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952*. 1.Aufl. Berlin: Verl.Tribüne, 1971.
- Mühlfriedel, Wolfgang. „Der Wirtschaftsplan 1948“. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1985, Nr. 3 (1985).
- . „Die Industrie in der antifaschistischdemokratischen Umwälzung. Ein Bericht über Stand und Probleme der Forschungen zur Industriegeschichte“. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* 22, Nr. 1 (Januar 1981). <https://doi.org/10.1524/jbwg.1981.22.1.151>.
- . „SAG-Betriebe – Schulen des Sozialismus“. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* 1980, Nr. IV (1980).
- Mühlfriedel, Wolfgang, und Klaus Wießner. *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*. Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte 25. Berlin: Akad.-Verl, 1989.
- Polikeit, Georg. *Die sogenannte DDR : Zahlen, Daten, Realitäten ; eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands*. Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, 1966., 1966.
- Roesler, Jörg. „Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre“. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* 23, Nr. 4 (Januar 1982). <https://doi.org/10.1524/jbwg.1982.23.4.9>.
- . *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte*. Berlin: Akademie-Verl., 1978.
- Schiel, Ilse. *Die ersten Jahre : Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltungen*, 1985.
- Stützner, Heinz. *Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes*. Karl-Marx-Stadt, o. J.
- Ulbricht, Walter. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : in acht Bänden Von Mai 1945 bis 1949*. Herausgegeben von Horst Bartel. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. Band 6. Berlin: Dietz, 1966.

-
- ¹ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 15.
- ² Mühlfriedel und Wießner, 25.
- ³ Stützner, *Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes*, 7.
- ⁴ Baar, *Wirtschaftsgeschichte : ein Leitfaden*, 180.
- ⁵ Baar, 181.
- ⁶ Baar, 181.
- ⁷ Polikeit, *Die sogenannte DDR : Zahlen, Daten, Realitäten ; eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands*, 21.
- ⁸ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 28.
- ⁹ Badstübner, 30 f.
- ¹⁰ Siehe zum Beispiel der Aufruf der KPD vom Juni 1945:
https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0009_ant&object=translation&st=&l=de
- ¹¹ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 70.
- ¹² Schiel, *Die ersten Jahre : Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltungen*. Die Zitate in den Kästen stammen aus diesem Buch. Die Seitenangabe ist jeweils dort zu finden.
- ¹³ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 36.
- ¹⁴ Doernberg, *Kurze Geschichte der DDR*, 19.
- ¹⁵ Doernberg, 22.
- ¹⁶ Doernberg, 36.
- ¹⁷ Siehe <https://ifddr.org/arbeiterbewegung-spaltung-deutschlands/>
- ¹⁸ Roesler, „Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre“.
- ¹⁹ Keller, *Lebendige Demokratie : der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952*, 25.
- ²⁰ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 38.
- ²¹ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 65.
- ²² Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 41.
- ²³ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 65; Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 42 f.
- ²⁴ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 42.
- ²⁵ Mühlfriedel und Wießner, 42.
- ²⁶ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 65.
- ²⁷ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 52.
- ²⁸ Mühlfriedel und Wießner, 53 f.
- ²⁹ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 67.
- ³⁰ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 50 f.
- ³¹ Ulbricht, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : in acht Bänden Von Mai 1945 bis 1949*, Band 6:179.
- ³² Ulbricht, Band 6:179 ff.
- ³³ Ulbricht, Band 6:250.
- ³⁴ Roesler, *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, 12.
- ³⁵ Mühlfriedel, „Der Wirtschaftsplan 1948“.
- ³⁶ Roesler, *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, 7.
- ³⁷ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 136.
- ³⁸ Mühlfriedel und Wießner, 142.
- ³⁹ Mühlfriedel und Wießner, 142.
- ⁴⁰ Mühlfriedel und Wießner, 71. Hier auch genauer zu der Finanzwirtschaft der VEB.
- ⁴¹ Mühlfriedel und Wießner, 67 ff.
- ⁴² Mühlfriedel, „SAG-Betriebe – Schulen des Sozialismus“.
- ⁴³ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 68.
- ⁴⁴ Mühlfriedel und Wießner, 74 ff.
- ⁴⁵ Mühlfriedel und Wießner, 79.
- ⁴⁶ Baar, *Wirtschaftsgeschichte : ein Leitfaden*, 187.

-
- ⁴⁷ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 79.
- ⁴⁸ Stützner, *Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes*, 14.
- ⁴⁹ Stützner, 19.
- ⁵⁰ Stützner, 26.
- ⁵¹ Stützner, 29.
- ⁵² Ulbricht, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : in acht Bänden Von Mai 1945 bis 1949*, Band 6:279.
- ⁵³ Stützner, *Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes*, 31.
- ⁵⁴ Für eine genauere Beschreibung der Arbeit Henneckes und der Bewegung siehe Barthel, *Adolf Hennecke: Beispiel und Vorbild*.
- ⁵⁵ Ulbricht, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : in acht Bänden Von Mai 1945 bis 1949*, Band 6:281.
- ⁵⁶ Stützner, *Von den Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde bis zur Tat Adolf Henneckes*, 33.
- ⁵⁷ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 87.
- ⁵⁸ Mühlfriedel, „Die Industrie in der antifaschistischdemokratischen Umwälzung. Ein Bericht über Stand und Probleme der Forschungen zur Industriegeschichte“, 87.
- ⁵⁹ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 89 f.
- ⁶⁰ Mühlfriedel und Wießner, 91 f.
- ⁶¹ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 128 f.
- ⁶² Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, 125.
- ⁶³ Baar, *Wirtschaftsgeschichte : ein Leitfaden*, 184.
- ⁶⁴ Badstübner, *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 129 ff.